



Die Mehrheit der Tessiner Urnengänger hat die **Initiative zu den SBB-Werkstätten** abgelehnt, auch die Ampelvorlage war chancenlos

HISTORISCHES VOTUM FÜR DIE HAUPTSTADT BELLINZONA

von **Gerhard Lob**

Die kantonale Volksinitiative für die Schaffung eines technologisch-industriellen Pols für öffentlichen Verkehr auf dem Areal der SBB-Werkstätten in Bellinzona ist beim Tessiner Stimmvolk durchgefallen. Am vergangenen Wochenende sagten 65,3 Prozent der Stimmenden (die Beteiligung lag bei niedrigen 45,3 Prozent) Nein zu dieser Volksinitiative. Somit ist der Weg frei für den Bau der neuen SBB-Werkstätten in Bellinzonas Vorort Castione, die 2026 ihren Betrieb aufnehmen sollen. Zugleich soll das Areal der jetzigen SBB-Werkstätten als urbanes Quartier neu überbaut werden.

Einer der ersten, der sich über das Abstimmungsergebnis freute, war SBB-Chef Andreas Meyer. Er twitterte: "65,3 Prozent für die modernste Zug-Unterhaltsanlage in Europa. Mani su! Der Weg ist frei für eine echte Zukunft. Und für Bellinzona ein grosses Entwicklungspotenzial." Er dankte noch der Bevölkerung und den Kollegen. Und kündigte zugleich an, dass der Industrieplan für die neuen Werkstätten beim traditionellen Treffen der SBB mit dem Kanton Tessin im Vorfeld des Filmfestivals Locarno bekannt gegeben werde.

Der Urnengang lässt sich ohne Übertreibung als "Historisches Votum" für Bellinzona bezeichnen. Denn das Abstimmungsergebnis besiegelte das Ende des SBB-Werks in seiner jetzigen Form und am jetzigen Ort, wo es seit 130 Jahren besteht. Bellinzonas Stadtpräsident Mario Branda interpretierte das klare Ergebnis als Vertrauensbeweis gegenüber dem Stadtparlament und der Stadtregierung, welche bereits 20 Millionen Franken für die SBB-Pläne gesprochen haben. Der Kanton steuert seinerseits 100 Millionen für die Operation bei. Im Gegenzug erhalten Stadt und Kanton einen Teil des Areals zur Überbauung. Roberta Cattaneo, Direktorin der SBB Region Süd, zeigte sich erleichtert. Es gäbe nun endlich eine Planungssicherheit. Auch der Regierungsrat begrüsst den Abstimmungsausgang.

Grosse Enttäuschung hingegen bei den Promotoren der Initiative, dem ehemaligen Streikkomitee "Giù le mani dalle Officine" sowie der linken Bewegung für Sozialismus (Mps) und den Grünen, welche als einzige Parteien die Volksinitiative unterstützten. Man hatte mit einer Niederlage gerechnet, doch nicht in diesem Ausmass. Der historische Streikführer Gianni Frizzo sprach von einem bitteren Moment. Er sei vor



Die Tage der *Officine* beim Bahnhof Bellinzona sind gezählt, der Umzug nach Castione besiegelt

allem besorgt wegen des Abbaus der Arbeitsplätze. Die SBB haben angekündigt, dass im neuen Werk nur gut 200 Beschäftigte tätig sein werden. Momentan arbeiten 340 Fest- und 45 Temporärangestellte in den *Officine*.

Keine Ampeln statt Kreiseln

Eine deutliche Schlappe fuhr auch die zweite kantonale Vorlage vom vergangenen Wochenende ein. Ganze 73,1 Prozent der Stimmenden verwarfen den Kredit über 3,3 Millionen Franken, der dazu ge-

dient hätte, drei Kreisverkehre zwischen Quartino und Cadenazzo zurückzubauen und durch Ampeln zu ersetzen (Stimmbeteiligung: 45,3 Prozent). Die Vorlage, die von einer Mehrheit im Grossen Rat angenommen worden

war, war beim Stimmvolk chancenlos. Das Referendum, das von einem überparteilichen Komitee unter dem Lead der CVP lanciert worden war, war folglich erfolgreich.

In allen Gemeinden fiel die Vorlage durch, ganz besonders in den betroffenen Gemeinden in der Magadino-Ebene, die auf unterschiedliche Weise vom Verkehr betroffen sind. In Cadenazzo (81,1 Prozent Nein), Sant'Antonio (79,8), Gambarogno (78,9) und Cugnasco-Gerra (82,2) war die Ablehnung deutlicher als im kantonalen Schmitt.

Für Verkehrsdirektor Claudio Zali (Lega) war diese Abstimmung eine Schlappe. Aber er hatte damit gerechnet. Im Vorfeld hatte er bereits erklärt, "dass mit Ampeln keine Abstimmungen zu gewinnen sind". Und er sollte Recht behalten. Was er nicht sagte: Vor 20 Jahren hätte sicher auch seine Partei, die Lega, einen solchen Kredit als "Verschwendung von Steuergeldern" bekämpft. Aber die Zeiten haben sich geändert: Die Lega ist Regierungspartei und verfügt sogar über die relative Mehrheit.

Ein Nein als Anti-EU-Votum

Der Kanton Tessin hat als einziger Kanton gegen die Übernahme der Waffenrichtlinie gestimmt

Mit 54,5 Prozent Nein-Stimmen verwarfen die Stimmenden des Kantons Tessin am Sonntag die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie. Mit diesem Votum waren die Tessiner alleine auf weiter Flur. Denn kein anderer Stand sprach sich für das Referendum aus. Der Nein-Stimmanteil aller Kantone lag bei 36,3 Prozent; 63,7 Prozent sagten Ja.

Das Nein des Kantons Tessin kam nicht ganz überraschend. Schon bei der Abstimmung zur Eidgenössischen Volksinitiative "Für den Schutz vor Waffengewalt" im Jahr 2011 sagte das Tessin mit 63,6 Prozent deutlich Nein zu neuen Restriktionen und Einschränkungen beim Waffenbesitz – die Initiative wurde damals landesweit mit 56,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Dieses Mal vermengte sich zu einem eher liberalen Verständnis gegenüber Waffenbesitz – vor allem im Nordtessin gibt es noch sehr viele Jäger – die Grundsatzfrage zur Souveränität der Schweiz. "Die tief verankerte Anti-EU-Stimmung war ausschlaggebend", kommentierte der "Corriere del Ticino" den Ausgang des Urnengangs im eigenen Kanton. Diese Haltung zeigte sich

auch im November 2018, als die SVP-Volksinitiative "Schweizer Recht statt fremde Richter" im Tessin besonders viel Rückhalt fand, auch wenn sie mehrheitlich abgelehnt wurde.

In Europa-Fragen hat die Anti-EU-Partei Lega dei Ticinesi die Mehrheit der Bevölkerung fast immer auf ihrer Seite. Justiz- und Innendirektor Norman Gobbi (Lega) exponierte sich persönlich im Abstimmungskampf gegen die Übernahme der EU-Rechts, als einziger kantonalen Sicherheitsdirektor der Schweiz. Am Sonntag konnte er in seinem Heimatkanton triumphieren. In einem Facebook-Eintrag dankte er allen Tessinern "für die Verteidigung der Freiheit". Einzig sein Kanton habe die Kraft gehabt, sich dem EU-Diktat entgegen zu stemmen, "während der politische und mediale Mainstream sich dem Druck aus Brüssel beugen will". Die SVP-Kantonalpartei frohlockte mit der Aussage: "Der Kanton Tessin ist der schweizerischste aller Kantone!" Wer sich als wahrer Schweizer fühle, solle doch bitte in den Kanton Tessin ziehen, meinte Parteipräsident Piero Marchesi. **gl**

Eine Petition verlangt Änderungen im kantonalen Tourismusgesetz Gegen Betten-Pauschalbesteuerung

Betten in Zweitwohnungen sollen nicht mit einer jährlichen Pauschale besteuert werden – dies verlangt eine Interessensgruppe aus der Region Lugano. In ihrer jüngst lancierten Petition kritisieren sie die Abgabe für Ferienwohnungsbesitzer in abgelegenen Gegenden. Viele dieser Besitzer, Tessiner wie Touristen, würden einen wichtigen

Beitrag zum wirtschaftlichen und kulturellen Leben in den Tälern leisten. "Wieso sollen wir diejenigen auch noch bestrafen, die sich für das Tessin als Reiseziel entschlossen haben, obwohl es andernorts günstiger wäre?" geben die Initiatoren der Petition zu bedenken. Es sei ein Unterschied, ob jemand eine Wohnung oder ein Ferien-

haus in einem urbanen Zentrum wie Lugano oder Ascona-Locarno besitze und dort auch von einer umfassenden Infrastruktur profitiere, oder ob er in Randregionen investiere. Die Unterschriftensammlung dauert noch bis zum 10. Juni. Infos erteilt unter anderem Giorgio Zürcher über E-Mail: giorzuercher@bluwin.ch. **mb**

Diskussion um neuen 5G-Standard wird heisser



Mobilfunk-Antenne

Der neue Mobilfunkstandard 5G ist vielen Menschen nicht ganz geheuer. Während die Mobilfunkanbieter vor allem mit Hochglanzplakaten auf die Vorteile der neuen Technologie hinweisen und Informationen zu Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit nur mit etwas Ausdauer beim Klicken auf den jeweiligen Websites gefunden werden können, mischen sich bei den Gegnern des neuen Mobilfunkstandards berechtigte Befürchtungen und Kritik mit Verschwörungstheorien und eklatanter Ahnungslosigkeit.

Und wie sollte es anders sein, die gleichen Tendenzen finden sich auch bei den Volksvertretern, die nun beginnen, mit Interrogationen das Thema aufzugreifen. Ebenso wie in der Gesellschaft ist das Spektrum der Meinungen weit und reicht von punktueller Kritik, über vollkommene Ablehnung bis hin zum Beifall für die neue Technologie. So spricht die CVP von Chiasso in einer Anfrage an die Stadtregierung beispielsweise von einem "elektromagnetischen Tsunami" der mit 5G auf die Bevölkerung zukomme. Auch auf kantonaler Ebene reiht sich die CVP zu den 5G-Gegnern und verlangt ein Moratorium für den Bau von 5G-Mobilfunkantennen. Die Grünen drücken sich in ihrer Interrogation an die Kantonsregierung vorsichtiger aus und verlangen in erster Linie, dass die möglichen Risiken der Mobilfunkstrahlung für die Bevölkerung abgeklärt werden. Während die FDP in einer parlamentarischen Initiative die Kantonsregierung daran erinnert, dass sie gar keine Kompetenz habe ein Moratorium zu beschliessen, da der Strahlenschutz Bundesaufgabe sei und die Einführung der neuen Technologie als fundamental begrüsselt. Auch Grossrat Bruno Storni (SP) findet, dass es an Grundinformation fehle und auch Politiker Dinge durcheinanderbrächten und Angst und Unbehagen bei der sensiblen Bevölkerung hervorriefen. **mk**